

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Die Fäuste ballen – aber den sozialen Frieden bewahren! Bitte denkt nicht an Streik!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so mancher fragt sich in diesen Tagen: Ist unsere soziale Marktwirtschaft wirklich »die beste aller Welten«?

Wir vom DGB haben in den letzten Jahren immer wieder gesagt: Wir müssen schmerzhaft Einschnitte hinnehmen, damit es wieder aufwärts geht mit unserer Wirtschaft. Und wir haben Wort gehalten: Leiharbeit, Flexibilisierung, Hartz IV, Lohnzurückhaltung – gemeinsam mit unserem Partner, dem BDI, konnten wichtige Innovationen auf den Weg gebracht werden.

Doch statt Aufschwung haben wir nun eine schwere Wirtschaftskrise. Wie es dazu kommen konnte, ist auch mir ein Rätsel. Unsere Wirtschaft ist eben manchmal launisch wie ein Computer: Plötzlich stürzt sie ab, und dann muss man sie wieder zum Laufen bringen. So stehen uns jetzt noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Verzicht ins Haus. Da kommt Zorn und Wut bei den Menschen auf. Dafür habe ich Verständnis, obwohl ich persönlich nicht von der Krise betroffen bin. Aber es bereitet mir auch Sorge, denn der soziale Friede ist in Gefahr.

Unsere französischen Kollegen haben in letzter Zeit Unternehmer als Geiseln genommen, in Griechenland brannten wochenlang Barrikaden. Sicherlich: Das zeigt Wirkung und scheint den Menschen dort Freude zu machen – die Stimmung in Athen soll besser gewesen sein als auf unseren Gewerkschaftsfesten, trotz der tollen Rockgruppen, die wir auch heute wieder für die Jugendlichen aufspielen lassen. Aber wir sind keine Griechen, keine Franzosen. Unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins haben ihren König geköpft, Revolutionen

durchgeführt und 1968 zu Millionen die Betriebe besetzt – ohne vorher das Einverständnis ihrer Gewerkschaften einzuholen! Das ist nicht unsere Streitkultur.

Für uns deutsche Gewerkschafter war der soziale Friede schon immer ein hohes Gut. Wir haben unser Land nicht im Stich gelassen, als es 1914 schwierige Konflikte mit den Nachbarn gab. Wir haben nach dem Regierungswechsel 1933 das konstruktive Gespräch mit der Politik gesucht, anstatt wie die heißblütigen Spanier gleich einen Bürgerkrieg anzufangen. Wir haben in den 1970er Jahren den Gastarbeitern klar gemacht, dass wilde Streiks nicht zu unserer demokratischen Kultur in Deutschland passen. Denn Streitkultur darf nicht zu Streikkultur entarten.

»Dampf ablassen« muss jeder mal. Das ist ganz normal, meine Frau kann ein Lied davon singen. Aber richten wir unseren Zorn nicht gegen die Arbeitgeber, die Politik oder unsere Wirtschaftsordnung. Nehmen wir lieber Finanzhaie, Wall Street und ausländische Heuschrecken ins Visier. Dann können wir auch die Bundesregierung und die Arbeitgeber für unser berechtigtes Anliegen gewinnen – wo kämen wir denn sonst hin?

Deshalb darf die heutige Kundgebung keine Kampfansage sein. Wenn einige kurz-sichtige Arbeitgeber nun zurück ins 19. Jahrhundert, zurück zum Klassenkampf wollen, dann sagen wir ihnen klipp und klar: Ohne uns, da machen wir vom DGB nicht mit. Statt Öl ins Feuer zu gießen, heißt unsere Devise: Der Klügere gibt nach.

Wir werden das wie bisher für Euch richten. Deshalb gilt für heute und für mor-

gen, für die Straße und den Betrieb:

- Habt Vertrauen in uns und befolgt ausschließlich unsere Anweisungen!
 - Wiederholt ausschließlich die Parolen, die wir über den Lautsprecher durchgeben!
 - Wenn wir die Kundgebung auflösen, geht brav nach Hause, schaltet den Fernseher ein und schaut, wie machtvoll wir gewesen sind! Mit ein wenig Glück könnt Ihr Euch für zwei, drei Sekunden selbst auf dem Bildschirm erkennen.
 - Pustet drei Mal in Eure Trillerpfeifen, wenn Ihr Euren Ärger über Euren Vorgesetzten Luft machen wollt!
 - Vergraut die Investoren nicht und habt Verständnis für harte Entscheidungen!
 - Kommt bloß nicht auf die Idee, auf eigene Faust zu handeln und eigenständig Kontakte zu Leuten aus anderen Betrieben aufzubauen! Leute, die davon reden, wollen nur der Gewerkschaft schaden!
 - Wenn Ihr trotz alledem unsicher seid, wendet Euch an die jeweils zuständige Stelle. Wir haben für jedes Problem das richtige Formular!
- gez. M. Summer

(V.i.S.d.P. A. Schnuckhardt)

Herausgeber:

Die KEAS

Kölner Erwerbslose in Aktion e.V.

Redaktion:

Kölner Erwerbslosen Anzeiger, Antje
Löschke (Chefredaktion), Uwe Klein
(UK), Steprathstr. 11, 51103 Köln.
redaktion@die-keas.org
www.die-keas.org

Selbstorganisierung als Alternative zu gewerkschaftlicher Stellvertreterpolitik

Seit Zeiten von 'Hartz IV' und den daraus erwachsenen Widerstand dagegen, gehört es wohl zu den wichtigsten emanzipatorischen Erkenntnissen vieler Erwerbsloser, sich darauf zu besinnen, sich und seine Interessen selbst zu artikulieren und zu vertreten.

Die KEAs (Kölner Erwerbslose in Aktion) haben es im Verlauf ihrer nun mehrjährigen Geschichte geschafft, in diesem Sinne eine selbstorganisatorische Interessenvertretung für Mitglieder und Freunde aufzubauen. Mit beachtlichen Erfolgen, die zwischenzeitlich auch bundesweit wahrgenommen werden!

Gegen Verfolgungsbetreuung und Arbeitszwang

Geht es zu einem großen Teil des gemeinschaftlichen Engagements darum, Verfolgungsbetreuung, Arbeitszwang u.ä. Angriffe seitens der Hartz-IV-Behörden abzuwehren, wissen sich die KEAs als Bestandteil einer solidarischen, sozialen Bewegung. Damit sind sie integriert im politischen Diskurs, der sich zudem nicht auf 'Hartz IV' reduzieren lässt. Es geht um's Ganze!

Gewerkschaft? Nein, danke!

Bei der Suche nach Verbündeten, mussten die Zentralgewerkschaften schnell

ausscheiden. Ihre Schuld an 'Hartz IV' und ihr kalkuliertes Wirken als Interessenvermittler der Konzerne und ihre Reduktion als Besitzstandwahrer der (Noch)Lohnarbeitenden; ihre Ignoranz selbst gegenüber erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern; ihre unangemessene Diplomatie als Antwort auf die Radikalisierung der sogenannten Eliten des Landes gegen die Armen, die sich nicht nur verbal äußert, ... das alles macht Gewerkschaften für Erwerbslose unbrauchbar.

Solidarität muss gelebt werden!

Insofern sind die KEAs, mit ihren Beratungs- und Bildungsveranstaltungen und vor allem mit ihren aktiven Kämpfen „vor Ort“, schlicht die effektivere „Rechtsschutzversicherung“ für Erwerbslose.

Mitglied werden? Mitglied werden!
www.Die-KEAs.org

(UK)

Sklavenwirtschaft

Der Autor dieses Artikels, Franz Kersjes, war einst Vorsitzender bei der IG Druck und Papier und ebenso bei der IG Medien. Heute veröffentlicht er diverse gewerkschaftskritische Artikel in der Neuen Rheinischen Zeitung. Im April 2010 veröffentlichte er den Artikel "Sklavenwirtschaft", der wegen seiner Qualität hier in Auszügen wieder gegeben wird.

Nachdem Kersjes den Rückgang der Lohnstückkosten, den Anstieg atypischer Beschäftigungsformen und die Zunahme von befristeter Beschäftigung in seinem Artikel ausführlich mit Zahlen belegt, rechnet er mit der Statistkpfuscherei der Bundesagentur für Arbeit ab:

"Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland erheblich größer als statistisch ausgewiesen. Die Kluft zwischen jenen, die nach den gesetzlichen Vorgaben als arbeitslos registriert sind,

und jenen, die ebenfalls Arbeit suchen, aber durch das Definitionsrasiermesser fallen, weil sie sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden, ist groß. Beide Gruppen zusammen gelten in der Nomenklatur der Bundesagentur für Arbeit als „unterbeschäftigt“. Legt man diesen Maßstab zur Messung von Arbeitslosigkeit an, waren im März nicht 3,568 Millionen, sondern 4,731 Millionen Menschen arbeitslos und damit rund 143.000 mehr als im Vorjahr.

Nach wie vor entlastet auch die Kurzarbeit die Statistik. Durchschnittlich waren im ersten Quartal 2010 rund 850.000 Arbeitnehmer/innen betroffen. Gestiegen ist im März auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, auf 970.000. Insgesamt waren im März nach Angaben des Deutschen Landkreistages 6,6 Millionen Menschen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. (...) Wer arbeitslos wird, ist nach Auffassung vieler Politiker und selbsternannter „Experten“ meist selber schuld. Arbeitslose werden als Faulenzer und Arbeitsverweigerer beschimpft und sollen zur Arbeit gezwungen werden. Wer sich als Hartz-IV-Empfänger weigert, Arbeit auch zu miserablen Bedingungen anzunehmen, wird von den Arbeitsbehörden mit Leistungskürzungen von mindestens 30 Prozent der Regelleistung für drei Monate bestraft. Mit sinkenden Löhnen in den Betrieben werden Forderungen aus CDU und FDP zur Kürzung von sozialen Leistungen begründet. Auch manche Ökonomen fordern, die Hartz-IV-Sätze müssten sinken, damit sich die Menschen einen Job suchen. Doch die staatliche Unterstützung ist bei weitem nicht zu hoch. Die Löhne und Gehälter in den Betrieben sind zu niedrig! In Wahrheit sollen weitere Steuerentlastungen für Unternehmen und Kapitalbesitzer durchgesetzt und durch geringere Sozialleistungen finanziert werden."

Ursachen dieser Barbarei sind laut Kersjes jedoch nicht die "abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Aufwendungen für staatliche Sozialleistungen." sondern "die Geldgier der Kapitalbesitzer". Auch hier kann Kersjes Zahlen liefern:

"Während für Hartz-IV-Leistungen im Jahr 2009 Kosten in Höhe von 36 Milliarden Euro entstanden sind, spricht kaum noch jemand darüber, dass satte 480 Milliarden Euro für die Rettung der Banken allein in Deutschland bereitgestellt wurden. Nicht die Bezahlung von Arbeit war und ist zu teuer und macht unsere Gesellschaft arm, sondern Steuer-senkungen für Kapitalbesitzer und ihre wachsenden Renditeerwartungen."

(Franz Kersjes)

Also, Gewerkschaften: Wer scheitert in den Tarifverhandlungen? Wer segnet Einstiegstarife ab? Wer redet nicht über den Niedriglohnsektor? Wer interessiert sich einen feuchten Kehricht für die Erwerbslosen?

(redigiert durch A. Lösckhe)

Der gesamte Artikel ist auf den Internetseiten der Neuen Rheinischen Zeitung (www.nrhz.de) nachzulesen.